

# FCB-Fan wegen Zugverwüstung vor Gericht

Auf dem Weg zu einem FCL-Match randalierten Basler Chaoten in der Zentralbahn. Ein mutmasslicher Täter soll freigesprochen werden.

Livia Fischer

Abfallkübel und Tische wurden abgerissen, Wände verschmiert, Sitzflächen zerschnitten, Fenster verspritzt. Fans des FC Basel verwüsteten am 4. März 2023 während weniger Minuten drei Wagen der Zentralbahn. Sie waren an jenem Samstagabend auf dem Weg zum FCL-Stadion, fuhren vom Bahnhof Luzern also nur eine Station bis zur Allmend. Der Sachschaden belief sich auf 19600 Franken, der Zug musste anschliessend ins Depot gefahren und vorläufig stillgelegt werden.

Es dauerte mehrere Monate, bis die Polizei den ersten Fussballchaoten identifizieren konnte: einen heute 37-jährigen Mann. Der Basler musste sich am Freitag vor dem Bezirksgericht Luzern verantworten – ihm werden Landfriedensbruch und Verunreinigung fremden Eigentums vorgeworfen. Direkt beim Betreten des einen Wagens soll er die Plexiglasabdeckungen von zwei Überwachungskameras mit FCB-Klebern abgeklebt haben.

Das beweisen angeblich Fingerabdrücke.

Im Strafbefehl der Staatsanwaltschaft ist die Rede von einer öffentlichen Zusammenrottung, bei der «mit vereinten Kräften Sachbeschädigungen begangen» wurden. Der Beschuldigte habe daran willentlich teilgenommen – und auch gewusst, dass er mit dem Anbringen von Klebern in einem Zug privates Eigentum verunreinige.

## Keine Aggression der FCB-Fans sichtbar

Seine eigene Version der Geschichte erfuhr man vor Gericht nicht. Zumindest nicht aus seinem Mund. Während einer Stunde sagte er nur viermal etwas: sein Geburtsdatum, zweimal den Satz «Auf Anraten meines Anwalts mache ich von meinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch», und dass er dem Plädoyer seines Verteidigers nichts anzufügen habe.

Dieser forderte vollumfänglichen Freispruch, sprach von einem «absoluten Ausreisser und einzigartigen Fall», sollte sein Mandant wirklich des



Am Samstag, 4. März, verschmierten Chaoten aus den Fanreihen des FC Basel einen Zug der Zentralbahn. Bild: zvg/Zentralbahn

Landfriedensbruchs verurteilt werden. Seiner Entscheidung fällt das Bezirksgericht voraussichtlich nächste Woche. Der Anwalt stellte sich zunächst auf den Standpunkt, dass in einem verschlossenen Zug gar keine öffentliche Zusammenrottung stattfinden könne. Eine solche setze nämlich voraus, dass «sich ihr eine unbestimmte

Zahl beliebiger Personen anschliessen kann». Zudem werde sie von einer friedensbedrohlichen Grundstimmung getragen, was an jenem Samstagabend «mit Sicherheit nicht» der Fall gewesen sei.

Er bezieht sich dabei auf Aufnahmen bei der Station Allmend. Darauf sehe man, dass es auch Frauen unter den Fussball-

fans gehabt habe und dass nicht mal eine Handvoll der über 200 FCB-Fans verummumt gewesen sei. «Von der Gruppe geht da nicht die kleinste Aggression aus. Was vorher im Zug war, wissen wir nicht.»

## Weiteres Verfahren in Basel hängt

Weiter monierte der Anwalt, dass der eine Fingerabdruck auf der Klebeseite laut Untersuchungsbericht gar nicht identifiziert werden konnte und dass sich der andere auf der Kleboberfläche befunden habe. «Es gibt x Varianten, wie der dahin gekommen ist.» Heisst: Die Anwesenheit seines Mandanten an jenem Samstagabend könne nicht bewiesen werden.

Und selbst wenn er vor Ort gewesen wäre, könne man ihm nicht den gesamten Sachschaden zum Vorwurf machen, argumentierte der Verteidiger. «Er hätte nur wahrnehmen können, was in seinem eigenen Abteil passiert. Heruntergebrochen auf einen Wagen würde sich der Schaden krass reduzieren.» Auch die «äusserst ober-

flächliche Schadensaufistung» störte den Anwalt. So sei in den Akten etwa nur die Rede von mehreren beschädigten Abfallkübeln, ohne dass eine genaue Anzahl genannt werde. So oder so: «Das Allermeiste bleibt Spekulation. Die Staatsanwaltschaft ist vom denkbar Schlechtesten ausgegangen und hat sich verrannt.»

Er erklärt sich das mit dem «grossen öffentlichen und medialen Druck, dass man irgendwer für die Straftaten im Rahmen von Fussballspielen zur Rechenschaft ziehen kann». So will die Staatsanwaltschaft seinen Mandanten zu einer bedingten Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 200 Franken verurteilen. Zudem soll er eine Busse von 4000 Franken und Verfahrenskosten in der Höhe von 630 Franken zahlen.

Vorbekannt ist der 37-Jährige zwar nicht. Es läuft derzeit aber auch in Basel ein Verfahren gegen ihn. Warum, wollte sein Anwalt nicht sagen. Er versicherte aber, dass es nichts mit Fussball zu tun habe – und dass es sich «nur um etwas Kleines handelt».

# Linksgrüner Verein kandidiert für Sitz im Gemeinderat

Der Verein Nachhaltiges Oberkirch könnte mit Sara Unternährer seinen ersten Sitz im Gemeinderat ergattern.

Jonas Hess

Seit vier Jahren existiert der Verein Nachhaltiges Oberkirch. Als «neue Kraft» positionierte sich der Polit-Verein bei seiner Gründung und setzte sich zum Ziel, zur nachhaltigen Entwicklung von Oberkirch beizutragen. Bestehend aus Sympathisantinnen und Sympathisanten aus dem linksgrünen Spektrum will sich die Gruppierung nun erstmals auch im Gemeinderat einbringen.

Was vor vier Jahren noch nicht möglich war, weil damals keine geeignete Kandidatur in kurzer Zeit bereitstand, hat sich nun geändert. Mit Sara Unternährer Wigger steht eine Kandidatin für das Ressort Bildung und Kultur bereit. Sie gehört zu den Gründungsmitgliedern des Polit-Vereins.

Als bekannt wurde, dass Gemeinderätin Karin Schnarwiler (Mitte) nicht mehr antreten wird, sei eine Kandidatur zum Thema geworden, sagt Unternährer auf Anfrage. Den Ausschlag habe für sie aber der Wechselwunsch von Gemeinderat Elias Meier (Mitte) ins Finanzressort gegeben. «Für mich war klar, wenn ich ein politisches Amt bekleiden will, dann als Bildungsvorsteherin, das Finanzressort kam für mich nicht in Frage», sagt Sara Unternährer, die 20-jährige Berufserfahrung als Logopädin im Sonderschul- und Frühbereich vorweisen kann.

Sara Unternährer wohnt seit 14 Jahren in Oberkirch. Sie sei in der Gesamtbevölkerung noch nicht so bekannt, «jedoch bei vielen Müttern und Vätern,



Der Gemeinderat Oberkirch wird nach den Wahlen vom 28. April wohl diverser aufgestellt sein.

da ich im Elternforum aktiv war». Dank der breiten Abstützung von Nachhaltiges Oberkirch rechnet die 44-jährige mit Stimmen von Grünen, SP- aber auch GLP-Wählerinnen und Wählern. Das sei gemäss den letzten Wahlen knapp 30 Prozent der Wählerstärke in Oberkirch. «Deswegen haben wir auch einen Verein gegründet, um diese Kräfte zu bündeln.» Sie habe aber auch von Mitte, FDP und SVP «nur positive Rückmeldung zu meiner Kandidatur erhalten», sagt Un-

ternährer. «Daher kann man schon davon ausgehen, dass mich auch Personen aus den bürgerlichen Parteien wählen werden.»

## Mitte will «ruhige und unauffällige Politik»

Die Unterstützung aus der Mitte-Partei ist Sara Unternährer zumindest sicher. Die stärkste Kraft in Oberkirch will «ein breiteres politisches Spektrum einbinden», wie Gemeinderat Elias Meier sagt. Zwar sei er als Co-Präsident des Wahlkreises

## Drei Personen wollen wiedergewählt werden

Neben Sara Unternährer und Elias Meier kandidieren drei weitere Personen für den Gemeinderat. Sie alle wollen wiedergewählt werden. Für den zweiten Sitz der Mitte tritt Raphael Kottmann als Gemeindepräsident an. Für die FDP stellen sich Ladina Aregger (Bau) und Luitgardis Sonderegger-Müller (Sozialvorsteherin) der Wiederwahl. (jh)

Sursee interessiert daran, die Sitze für seine Partei zu halten, jedoch verfolge die Mitte Oberkirch noch eine weitere Absicht. «Wir wollen mehr Kräfte einbinden, damit die Gemeindepolitik ruhig und unauffällig bleibt.» Der Verein Nachhaltiges Oberkirch vertrete relativ viele Leute, die vorher nicht im Gemeinderat vertreten waren, sie einzubinden mache Sinn.

Der von Elias Meier angestrebte Wechsel von der Bildung ins Ressort Finanzen sei

«Für mich war klar, wenn ich ein politisches Amt bekleiden will, dann als Bildungsvorsteherin, das Finanzressort kam für mich nicht in Frage»»



Sara Unternährer  
Verein Nachhaltiges Oberkirch

ein persönlicher Entscheid. «Ich bin politisch breit interessiert und ich habe schon vor vier Jahren gesagt, dass ich mir auch das Finanzressort vorstellen kann.»

Die Arbeit in einem Querschnittsressort reize ihn und der Zeitpunkt für den Wechsel sei jetzt optimal. Mit der Tatsache, dass die Finanzen damit bei der Mitte-Partei bleiben, habe sein Entscheid nichts zu tun. Meier: «Es ging nicht darum, das Finanzressort zwingend behalten zu können.»